

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12

Inhalt

Dr. Klaus Kübler MdB zu den Vorbereitungen des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio: Die atomaren Zeitbomben in der GUS entschärfen.

Seite 1

Gustav Starzmann MdL zur Notwendigkeit, die Künstler sozial abzusichern: Die wenigsten Schauspieler sind "Stars".

Seite 3

Dokumentation

Die gesundheits- und sozialpolitischen SprecherInnen der SPD haben zum Vorwurf des "Sozialhilfemißbrauchs" Stellung bezogen: Eine beispiellose Kampagne. Wortlaut

Seite 6

48. Jahrgang / 60

29. März 1993

Die atomaren Zeitbomben in der GUS entschärfen Zu den Vorbereitungen des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio

Von Dr. Klaus Kübler MdB
Stellvertretender Sprecher der SPD-Fraktion in der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre"

Der für Juli geplante Weltwirtschaftsgipfel in Tokio steht bislang ganz im Zeichen der alarmierenden politischen Lage in Rußland. Eine kurzfristige Rußlandhilfe - soviel scheint bisher schon festzustehen - wird ein beherrschendes Thema des Treffens der sieben größten Industrienationen sein. Ein Hilfspaket für Rußland wird auch im Zentrum des für den 3. und 4. April in Vancouver vorgesehenen Gipfeltreffens der Präsidenten Clinton und Jelzin stehen.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Beschlüsse über umfangreiche Hilfsmaßnahmen für Rußland erscheint es dringend geboten, die Verantwortung der G-7 für die Beseitigung der Bedrohung weiter Teile Europas durch die Kernkraftwerke in der ehemaligen UdSSR zu unterstreichen.

Die sich rapide verschlechternden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Sicherheit der Kernenergienutzung in den Nachfolgestaaten der UdSSR lassen es nicht länger zu, daß sich die G-7 weiterhin nur am Rande mit dieser zivilen nuklearen Bedrohung beschäftigen. Die Kernkraftwerke in Rußland, der Ukraine und in Litauen sind eine ganz reale und akute Gefahr für Mensch und Umwelt dort und in ganz Europa. Die Gefahr eines weiteren Tschernobyl nimmt täglich weiter zu. Insbesondere muß kurzfristig eine Lösung für die atomaren Zeitbomben des RBMK-Typs gefunden werden.

In der Vorbereitungsphase des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio muß noch einmal auf die Unterlassungssünden vergangener G-7-Treffen hingewiesen werden. Bis zum heutigen Tag wurden keine ernsthaften Anstrengungen zur Entschärfung der atomaren Zeitbomben der osteuropäischen und GUS-Kernkraftwerke unternommen. Noch immer fehlt ein Stilllegungsprogramm wenigstens für die gefährlichsten Atommeiler des Tschernobyl-Typs.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislaufverteilung
mit wertvollen Informationen
zum Umweltschutz



Das 1992 beim Münchner Weltwirtschaftsgipfel in Aussicht gestellte multilaterale Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit der Kernkraftwerke in den GUS-Ländern blieb bislang eine der vielen unverbindlichen Absichtserklärungen des Gipfels. Die Initiative der Bundesregierung, ein Sofortprogramm in Höhe von 700 Millionen Dollar zur Verbesserung der Sicherheit der Atomkraftwerke in der ehemaligen Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten aufzulegen, schrumpfte in der Abschlusserklärung des Münchner Weltwirtschaftsgipfels zu einer bloßen Willensbekundung zusammen, im Rahmen eines multilateralen Aktionsprogramms einen internationalen Mechanismus zur Verbesserung der Sicherheit zu schaffen. Ein dringend notwendiger kapitalstarker Fonds für Sofortmaßnahmen wurde nicht verwirklicht, und auch die bilateralen Hilfsprogramme bleiben bisher weit hinter dem Notwendigsten zurück.

Diese bis Jahresanfang vorherrschende Untätigkeit auf internationaler Ebene beruhte insbesondere auf der Verweigerungshaltung der Bush-Administration und Japans, das bis vor kurzem noch jede substantielle Unterstützung der GUS mit der Rückgabe der Südkurilen verknüpfte. Die Phase nationaler und internationaler umweltpolitischer Stagnation in den USA scheint aber nun mit dem neuen Regierungsgespann Clinton/Gore überwunden und auch Japan ist offensichtlich bereit, von seinem sturen Kurs "Keine Rückgabe - kein Geld" abgerückt und erwägt nun ebenfalls die Bereitstellung erheblicher finanzieller Hilfsmittel für Rußland.

Die eine nukleare Katastrophe jederzeit einschließende Sicherheitslage in den Kernkraftwerken der ehemaligen UdSSR verlangt nach einer schnellstmöglichen Entschärfung dieser tickenden atomaren Zeitbomben. Gefordert ist eine gemeinsame Anstrengung der sieben größten Industrienationen, um Rußland und den anderen Nachfolgestaaten der UdSSR substantielle Hilfe zur Selbsthilfe bei der Steigerung der Effizienz, beim Energiesparen sowie beim Auf- und Ausbau nicht-nuklearer Energiesystemen anzubieten.

Das Engagement der G-7 ist dringend erforderlich zum Schutz von Mensch und Umwelt.

Aber auch wenn man die Bedrohung durch die Kernkraftwerke in der ehemaligen UdSSR nicht für so gewichtig hält, ist eine durchgreifende energiepolitische Wende und Modernisierung schon aus rein ökonomischen Gründen unverzichtbar: Der Energiesektor ist als wirtschaftlicher Leitsektor maßgebend für die wirtschaftliche - und damit auch die soziale und politische - Zukunft dieser Länder.

Alarmierende Erklärungen

Alarmieren muß daher die Absicht des russischen Ministers für Atomenergie, Viktor Michailow, bis zum Jahr 2010 23 zusätzliche Kernkraftwerke zu bauen. Dies belegt wieder einmal, daß Rußland wirtschaftspolitisch im Sinne einer Orientierung zur Marktwirtschaft leider wenig gelernt hat.

Nicht nur sicherheitstechnisch, sondern auch wirtschaftspolitisch ist Energiesparen, nicht jedoch ineffiziente Energieerzeugung und Energieverschwendung das Gebot der Stunde. Investitionen in diesen Sektor mit möglichen Einsparpotentialen von bis zu 50 Prozent sind ökologisch und ökonomisch vernünftig und würden Rußland einen wirtschaftlichen Neuanfang ermöglichen. Stattdessen besteht die Gefahr, daß weitere Milliardeninvestitionen in den energiewirtschaftlich und energiepolitisch unnötigen weiteren Ausbau der Kernenergie fließen.

Werden in den Nachfolgestaaten der UdSSR nicht rasch und nachhaltig die Weichen in Richtung Energiesparen, Effizienzsteigerung und Ausbau nicht-nuklearer Energiesysteme gestellt, wird dies auch wirtschaftspolitisch der weiteren Entwicklung in diesen Ländern schweren Schaden zufügen. Die absehbaren negativen Konsequenzen eines wirtschaftlichen Scheiterns werden dann jedoch weit über die Grenzen dieser Länder hinaus wirken.

Es liegt im ureigenen Interesse der internationalen Staatengemeinschaft und insbesondere der sieben führenden Industriestaaten, Rußland und den anderen Nachfolgerepubliken der UdSSR zu helfen. Es gehört zur besonderen Verantwortung des kommenden G-7-Treffens, daß endlich in einer international koordinierten Weise substantielle Mittel in wirklich verantwortungsvolle und zukunftssträchtige Programme fließen müssen, ehe es für eine solche energiepolitische Kurskorrektur zu spät ist.

Deshalb ist das G-7-Treffen dazu aufgerufen, im Rahmen des für Rußland geplanten Hilfsprogrammes auch signifikante Hilfen zur Stilllegung der atomaren Zeitbomben in der ehemaligen UdSSR und zur Modernisierung einer nicht-nuklearen Energiestruktur zu beschließen.

(-/29. März 1993/rs/ks)

Die wenigsten Schauspieler sind "Stars"
Zur Notwendigkeit, die Künstler sozial abzusichern

Von Gustav Starzmann MdL

In München soll eine staatliche Theaterakademie eingerichtet werden. Wie dazu Generalintendant August Everding feststellt, sollen die Schauspieler dort umfassend ausgebildet werden, was schon durch die Konstruktion der Akademie als Klammer zwischen Theaterwissenschaften, Bühnenbilderei, Literaturwissenschaften und praktischer Schauspielertätigkeit zum Ausdruck komme. Was aber nützt die schönste Akademie, wenn dort ausgebildete Schauspielerinnen und Schauspieler künftig keinen Arbeitsplatz finden und das Heer der sozial nicht abgesicherten Schauspieler noch größer wird?

In Übereinstimmung mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) und ihrem Vorsitzenden, Senator Heinz-Georg Harbauer, sowie den einschlägigen DAG-Fachgruppen trete ich für eine bessere soziale und versicherungsrechtliche Absicherung der Schauspieler sowie eine Angleichung der Rahmenbedingungen an das europäische Niveau ein.

Schauspielerinnen und Schauspieler, die als 'freie' Darsteller arbeiten, werden - durchaus gutgemeint - sehr schnell zu 'Fernsehstars' oder 'Bühnenstars' deklariert. Damit verbunden entsteht in der Öffentlichkeit das falsche Bild von 'Reichtum', sozialer Anerkennung und 'Luxusleben', heißt es in einer Stellungnahme der DAG, und weiter: 'Die Realität - nicht nur der 'Nicht-Stars', sondern auch vieler sogenannter Stars - sieht ganz anders aus.'

Die künstlerische Situation für freie Schauspieler ist nach Darstellung der DAG bedrückend: 'Angesichts der Programmvielfalt auf allen Fernsehkanälen bleibt eigentlich nur noch zu konstatieren, daß 'künstlerischer Anspruch' zum Unwort geworden ist. Fernsehspiele sind bis auf wenige Ausnahmen verschwunden - angeblich haben sie zu hohe Kosten und zu 'geringe Einschaltquoten'. Neben den mittlerweile sich gegenseitig im Niveau unterbietenden Serien bleibt nur noch der 'Tatort' als Höhepunkt künstlerischer Gestaltung. Als Nebeneffekt gibt es dadurch immer weniger Arbeitsmöglichkeiten für Schauspieler, Regisseure, Kameraleute et cetera, da dieselbe Crew entsprechend lang beschäftigt ist, während bei einzelnen Fernsehspielen verschiedene Besetzungen möglich wären. Und je weniger Arbeitsangebote es gibt, desto leichter sind die 'Freien' wieder erpreßbar.'

Nicht zuletzt diese Erpressbarkeit der Schauspieler führt dazu, daß das soziale Netz für Schauspielerinnen und Schauspieler so große Maschen aufweist. Um dieser Situation zu begegnen, habe ich sieben Forderungen aufgestellt, die Bestandteil meiner Anfrage an die Bayerische Staatsregierung sind:

1. Schutz der Berufsbezeichnung "Schauspieler":

Ich will wissen, was getan wird, damit ein Schutz für die Berufsbezeichnung "Schauspieler" eingeführt werden kann, und welche Kriterien ein Schauspieler mit geschützter Berufsbezeichnung erfüllen müßte.

2. Dauerhafte Sicherheit durch Arbeitslosen- und Rentenversicherung:

Das für fast alle anderen eng geknüpfte soziale Netz hat für die spezifischen Arbeitsbedingungen von Schauspielern/innen zu große Maschen, durch die sie im Normalfall alle hindurchfallen, stellt die DAG fest. Als typisches und alltägliches Beispiel nennt sie die Arbeitslosenversicherung. Obwohl alle Freischaffenden als Arbeitnehmer ihre Beiträge zur Sozialversicherung bezahlen - häufig die Höchstbeiträge! - kommen sie weder in den Genuß von Arbeitslosengeld, noch - im Fall der Rentenversicherung - auf eine nur annähernd zum Leben ausreichenden Rente.

Hintergrund dafür ist die nach DAG-Meinung völlig ungerechte Regelung, jeweils nur den einzelnen Drehtag zu versichern, während der Vertrag über Wochen läuft: "Um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erwerben, benötigt man seit ein paar Jahren 360 versicherte Arbeitstage innerhalb drei Jahren. Dies ist nicht einmal von ständig in Serien Beschäftigten zu erreichen, geschweige von denen, die als 'Normalfall' nur vereinzelte Drehtage bekommen."

Schauspieler müssen bei der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung ebenso sozial abgesichert sein wie Arbeitnehmer in Dauerarbeitsverhältnissen.

3. Versicherung während der ganzen Vertragsdauer

Die DAG-Berufsgruppe Kunst und Medien - kämpft seit langem darum, wenigstens die frühere Regelung von 180 Tagen Anwartschaft wieder einzuführen - bisher leider vergeblich. Die Folge der derzeitigen Regelung: In der Rente "landen" Schauspieler und Schauspielerinnen häufig auf dem Niveau der Sozialhilfe!

Schuld an den Problemen mit der Versicherung ist die Praxis, nur den Drehtag selbst zu versichern. Daß Textlernen zuhause, Kostüm- und Maskenproben, Lesen von Literatur und Proben ebenso Arbeit ist, wird ignoriert. Die DAG: "Es klingt eben nach viel Geld, wenn für 'nur einen Arbeitsdrehtag' beispielsweise 1.700 Mark bezahlt werden. Da viele Schauspielerinnen und Schauspieler keineswegs regelmäßig aufs Jahr umgerechnet pro Monat auf drei Drehtage kommen, läßt sich einkommensmäßig keineswegs ihrem 'Medienwert' entsprechend leben. Schauspieler müssen nicht nur Überleben können, sie arbeiten auch gerne. 'Spaß am Beruf' wird durch eklatante soziale Benachteiligung honoriert!"

Das beste wäre, daß Schauspieler grundsätzlich während der gesamten Zeit, in der ein Vertrag läuft, in der Arbeitslosenversicherung versichert sind und nicht nur an den einzelnen Drehtagen. Wenn eine solche Regelung nicht möglich ist, muß wenigstens die alte Bemessungsgrenze von 180 versicherten Arbeitstagen in drei Jahren wieder zum Tragen kommen.

4. "Vertragsfreiheit" darf nicht zum Mißbrauch führen

Sowohl die Arbeitsfreude als auch die Angebotsbreite machen Schauspielerinnen und Schauspieler erpreßbar: Um eine Rolle zu bekommen, werden Vertragsbedingungen akzeptiert, die häufig die Grenze dessen unterschreiten, was gesetzlich zulässig ist.

Die DAG: "Vertragsfreiheit" nennt sich dieses einseitige Diktat durch den Arbeit-"Geber", der in Wahrheit die künstlerische und technische Arbeitskraft der Darsteller zu seinem Nutzen nimmt. So wird die jedem normalen Arbeitnehmer zustehende Urlaubsregelung einfach dadurch unterlaufen, daß das Urlaubsgeld als "mit der Gage abgegolten" im Vertrag gehandelt wird.

Die Vertragsbedingungen für Schauspieler müssen gesetzlich so geregelt werden, daß Arbeitslosen- und Rentenversicherungsbeiträge während der gesamten Vertragsdauer bezahlt werden müssen. Die sogenannte Vertragsfreiheit darf sich nicht wie bisher als einseitige Diktatmöglichkeit durch den Vertragsgeber auswirken.

5. Leistungsschutzrechte zu Gunsten der Schauspieler festschreiben

Leistungsschutzrechte, die dem Schauspieler zustehen und eine nicht unwichtige Einnahmequelle sein können, werden ihm von Produzenten im Vertrag "abgehandelt". Akzeptiert er diese Bedingungen nicht, bekommt er häufig eine Rolle nicht, wird als "unbequem" bezeichnet und in Zukunft nicht mehr beschäftigt - es sei denn, er ist eben einer der wenigen "Stars".

Der Hintergrund: Die Produzenten wollen so ihren Anteil am gemeinsamen Ausschüttungstopf der Verwertungsgesellschaft vergrößern. Je weniger Berechtigte, desto mehr bleibt für den Produzentenanteil!

Dem Schauspieler zustehende Leistungsschutzrechte müssen als unverzichtbar oder unübertragbar in den Schauspieler-Verträgen festgeschrieben werden, damit es nicht zu ungerechten Verschiebungen der Anteile am gemeinsamen Ausschüttungstopf der Verwertungsgesellschaften zu Gunsten der Produzenten und zu Lasten der Schauspieler kommt.

6. Staatliche Bezuschussung von Privattheatern nur bei Einhaltung gesetzlicher Vorschriften

In vielen Privattheatern sind Schauspielerinnen und Schauspieler noch nicht einmal unfallversichert. Fällt einem Schauspieler ein Scheinwerfer auf den Kopf und er/sie kann den Beruf nicht mehr ausführen, bleibt nur mehr der Hut am Straßenrand beziehungsweise das Sozialamt!

Die sozialen Bedingungen machen Schauspielerei an Privattheatern zum "Hobby", von dem man normalerweise nicht leben kann. Allerdings gibt es auch Privat Bühnen, die sich an gesetzliche Vorschriften halten. Daß andere Bühnen, die dies nicht tun, auch noch Subventionen bekommen, über die häufig nicht einmal Buch geführt wird, hält die DAG-Fachgruppe Bühne/Film/Fernsehen (BFF) - für bedenklich: "Die Gagen reichen oft gerade aus, um die U-Bahn-Fahrten zur Vorstellung und ein kleines Abendessen zu bezahlen."

So berichtet die DAG, daß Privattheater beispielsweise häufig "auf Beteiligung" spielen, wobei das Theaterunternehmen seine Unkosten von der Abendkasse abzieht und der Rest auf die Schauspieler verteilt wird. Bei - nicht selten - 10 oder 15 Zuschauern reicht dann gerade noch zum "Frustbier".

Die Privattheater müssen über die Vergabe öffentlicher Zuschüsse gezwungen werden, daß sie sich an die gesetzlichen Vorschriften über die Unfallversicherung und die Sozialversicherung von Schauspielern halten.

7. EG-einheitliche Regelung zum Schutz einheimischer Schauspieler

Ein in anderen europäischen Ländern trotz EG üblicher Schutz für einheimische Schauspieler/innen wie etwa in Frankreich oder Großbritannien wird in Deutschland schlichtweg abgelehnt. Die DAG: "Die anderen haben ihren Schutz, wir nicht."

Entweder die sich vertragswidrig verhaltenden EG-Länder korrigieren ihr Verhalten, oder es wird auch in Deutschland ein entsprechender Schutz für deutsche Schauspieler eingeführt, wenn die anderen EG-Länder ihre Schutzvorschriften nicht aufgeben.

Im Schauspieler-Beruf stehen nur wenige so weit oben, daß sie sich keine Sorgen machen müssen. Für alle anderen gilt, daß sie sozial abgesichert werden müssen, sollen sie nicht irgendwann durch die für sie allzu großen Maschen des sozialen Netzes fallen.

(-/29. März 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Beispiellose Kampagne gegen Sozialhilfe

Die gesundheits- und sozialpolitischen SprecherInnen der SPD-Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion haben auf ihrer Konferenz am Freitag in Saarbrücken zum Thema 'Sozialhilfemißbrauch' eine Stellungnahme erarbeitet.

In den letzten Wochen ist eine beispiellose Kampagne gegen den sogenannten Mißbrauch der Sozialhilfe eingeleitet worden, deren Funktion es ist, von den eigentlichen Problemen, die sich aus der Wiedervereinigung und ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Menschen in der Bundesrepublik ergeben, abzulenken und schließlich tiefgreifende Einschnitte ins soziale Netz psychologisch vorzubereiten.

Statt zu gemeinsamer Anstrengung aller aufzurufen und alle ausgewogen an der Bewältigung der genannten Folgen zu beteiligen, werden nach den Asylbewerbern nun Empfänger von Sozialhilfe und AFG-Leistungen zu Sündenböcken gestempelt. Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit werden als Folgen individuellen Versagens dargestellt, den LeistungsbezieherInnen wird generell die Neigung zu Betrug und Vorteilserschleichung unterstellt, dem entschieden entgegengetreten werden müsse.

Die zunehmenden Kosten der Sozialhilfe sind jedoch nicht durch Leistungsmißbrauch zu erklären. Vielmehr finanziert die Sozialhilfe weiter zunehmende Folgekosten

- einer fehlenden aktiven Arbeitsmarktpolitik,
- des überproportionalen Anstiegs der Mieten infolge einer unsozialen Wohnungsbaupolitik,
- einer sukzessiven Verarmung älterer, pflegebedürftiger Menschen, infolge einer immer noch nicht vorhandenen sozialen Pflegeversicherung.

Die SPD-Vertreter betonen die Selbstverständlichkeit, daß man Betrug zur Erschleichung sozialer Leistungen nicht nur in Zeiten knapper Mittel aufdecken und verhindern muß. Sie stellten sich jedoch angesichts der zur Zeit überzogenen Sozialhilfemißbrauchsdiskussion energisch an die Seite der dringend auf soziale Leistungen angewiesenen schwachen in unserer Gesellschaft. Um diesen zu helfen, brauchen wir statt unsinniger Schuldzuweisungen

- ein Schul- und Ausbildungssystem, das eine möglichst große Zahl von Menschen zu einem beruflichen Abschluß führt,
- eine aktive Arbeitsmarkt-Politik, die den Strukturwandel begleitet, vorhandene Arbeitsplätze sichert und Menschen auch mit Behinderungen und Schwierigkeiten eine Chance bietet, sich selbst zu ernähren,
- ein Qualifikationsangebot, das den Menschen hilft, sich aktiv auf neue Anforderungen einzustellen,
- eine Tarifpolitik, die Einkommen oberhalb des sozialen Existenzminimums sichert,
- Einrichtungen und Dienstleistungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- eine Wohnungsbaupolitik, die sich an den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit geringem Einkommen orientiert,
- eine gerechte und vernünftige Alterssicherung (soziale Grundsicherung) insbesondere für Frauen,
- eine Pflegeversicherung, die Pflegebedürftige nicht in die Sozialhilfe treibt.

(-/29. März 1993/rs/ks)
